

Stadtratsbeschlüsse zum Radverkehr in Halle (Saale) seit 1999 und deren Umsetzungsstand (letzte zwei Seiten)

Wahlperiode 2009 bis 2014:

- Antrag zum Radtourismus in der Region Halle (Vorlage: [Antrag V/2012/10999](#), SR-Beschluss vom 26.09.2012),
- Schaffung von Mobilitätsstationen (Vorlage: [Antrag V/2012/10994](#), SR-Beschluss vom 26.09.2012),
- Aktualisierung der Radverkehrskonzeption (Vorlage: [Antrag V/2011/09660](#), SR-Beschluss vom 27.04.2011),
- Antrag zu verkehrsgesteuerten Ampeln im Stadtgebiet von Halle (Vorlage: [Antrag V/2010/08717](#), SR-Beschluss vom 24.03.2010),
- Ausbau des Saale-Radwanderweges (Vorlage: [Antrag V/2009/08421](#), SR-Beschluss vom 24.02.2010),
- Prüfung der Freigabe von Straßen und Radwegen für Inlineskater (Vorlage: [Änderungsantrag V/2009/08155](#), SR-Beschluss vom 24.02.2010),
- Ausschilderung der Fernradwege in der Stadt Halle (Vorlage: [Antrag V/2009/08344](#), SR-Beschluss vom 27.01.2010),
- Gestaltung von Fahrradabstellanlagen (Vorlage: [Antrag V/2009/08269](#), SR-Beschluss vom 16.12.2009),
- Radverkehrsförderung in Halle nach der Novellierung der StVO (Vorlage: [Antrag V/2009/08415](#), SR-Beschluss vom 25.11.2009),
- Schaffung von Fahrradbügeln in Halle (Vorlage: [Antrag IV/2009/07946](#), SR-Beschluss vom 28.10.2009).

Wahlperiode 2004 bis 2009:

- Erstellung einer touristischen Radroute durch die Stadt Halle (Saale) (Vorlage: [Antrag IV/2009/08024](#), SR-Beschluss vom 27.05.2009),
- Straßenbegleitender Geh- und Radweg zwischen Halle-Osendorf und Döllnitz (Vorlage: [Beschlussvorlage IV/2009/07873](#), SR-Beschluss vom 27.05.2009),
- Errichtung einer Rad- und Fußwegbrücke Franz-Schubert-Straße – Salineinsel (Vorlage: [Beschlussvorlage IV/2009/07892](#), SR-Beschluss vom 27.05.2009),
- Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale) (Vorlage: [Antrag IV/2006/05997](#), [Änderungsantrag IV/2006/06023](#), SR-Beschluss vom 28.03.2007),
- Gestaltungsbeschluss Schnittstelle "Riebeckplatz/ Hauptbahnhof" Umgestaltung des Teilbereiches Ernst-Kamieth-Platz/ Busbahnhof (Prüfauftrag Fahrradstation), ([Beschlussvorlage IV/2006/05585](#), SR-Beschluss vom 26.04.2006).

Wahlperiode 1999 bis 2004:

- Prüfantrag zu Skate- und Radweg Halle/Leipzig (Vorlage: [Antrag III/2003/03623](#), SR-Beschluss vom 24.09.2003),
- Erarbeitung eines Radwegeplans Halle/Saalkreis (Vorlage: [Antrag III/2002/02436](#), SR-Beschluss vom 19.06.2002),
- Prüfantrag zu Fahrradabstellanlagen und Schließfächern (Vorlage: [III/2001/01827](#), SR-Beschluss vom 27.02.2002),
- Erarbeitung einer Radverkehrskonzeption Altstadt, Satzung für Fahrradabstellanlagen im Altstadtkern (SR-Beschluss vom 26.04.2000).

Auszüge aus Niederschriften des Stadtrates zu den relevanten Stadtratsbeschlüssen:

Auszug aus Niederschrift Stadtrat vom 26.09.2012:

zu 7.16 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Radtourismus in der Region Halle** **Vorlage: V/2012/10999**

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion und nannte die Gründe für die Einbringung. Der Radtourismus sei ein boomendes Segment und werde als Wirtschaftszweig immer wichtiger. Auch in der Region Halle wäre ein äußerst hohes Potenzial für Radtourismus vorhanden. Dieses sei allerdings nicht ansatzweise ausgeschöpft.

Entsprechend der Begründung zum Antrag wurden die überregionalen Radwege aufgelistet, von denen die Stadt Halle betroffen sei. Diese sollten der Ansatzpunkt sein, um ein abgestimmtes Radtourismuskonzept zu entwickeln. Dadurch würden die Übernachtungszahlen in der Stadt Halle steigen und die Region allgemein an Attraktivität gewinnen.

Darüber hinaus machte **Herr Wehrich** deutlich, dass die Erarbeitung eines Radtourismuskonzeptes nur mit den umliegenden Städten und Gemeinden sinnvoll erschlossen werden könne. Insofern sollte im Rahmen der im Mai 2012 unterzeichneten Tourismusvereinbarung mit dem Saalekreis und dem Burgenlandkreis ein Radtourismuskonzept erstellt werden.

Bezugnehmend auf den Burgenlandkreis wies **Herr Wehrich** darauf hin, dass dieser ein Radwegekonzept ausschließlich für seinen Kreis erstellt habe und keine Anschlüsse an die Nachbarkreise aufzeige. Dies könne nicht Sinn und Zweck sein.

Des Weiteren sollten seines Erachtens auch die Radrouten in den Saalekreis stärker berücksichtigt werden, um Freizeitradrouten zu entwickeln, eine bessere Ausschilderung vorzunehmen und diese entsprechend prioritär auszubauen.

Im Zuge dessen erinnerte **Herr Wehrich** an eine gemeinsame Hauptausschusssitzung der Stadt Halle mit dem Saalekreis vor etwa drei Jahren, in der der Radverkehr thematisiert wurde und Einvernehmen bestand, dass der Radverkehr im Saalekreis und der Stadt Halle stärker entwickelt werde. Bisher sei dahin gehend keine Umsetzung erfolgt. Als weiteres Beispiel nannte er die Radroute zum Petersberg, welche ebenfalls nicht entsprechend ausgeschildert und nicht in einem durchgehend guten Zustand wäre.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte an, dass bereits erkannt wurde, dass die Radwege maximal bis zu den Landesgrenzen dargestellt seien. Aus diesem Grund wurde entsprechend der Beschlussfassung in der letzten Sitzung des Lenkungsausschusses der Metropolregion Mitteldeutschland die Arbeitsgruppe Mobilität und Verkehr beauftragt, die Radwege in Mitteldeutschland zu prüfen und eine Karte mit allen vorhandenen Radwegen zu entwickeln. Zudem sollen zweckmäßige Verbindungen zwischen den einzelnen Radwegen herausgearbeitet werden.

Darüber hinaus schloss sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** den Ausführungen von Herrn Wehrich an, dass für die Radrouten im Burgenlandkreis keine Ansatzpunkte zu Nachbarkreisen zu finden seien.

Zudem machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf aufmerksam, dass sie hinsichtlich des Radroutenkonzeptes bereits mit dem Landrat des Saalekreises und des Burgenlandkreises gesprochen habe.

Diese wären zur Zusammenarbeit bereit. Insofern seien ihres Erachtens die Überlegungen auf der Ebene der Metropolregion Mitteldeutschland die zielführenden, da dort die Leitung der Arbeitsgruppe bei der Stadt Halle liege.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing Halle GmbH, im Rahmen der Umsetzung der im Mai 2012 unterzeichneten Tourismusvereinbarung mit dem Saalekreis und dem Burgenlandkreis die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für die Bildung einer Radtourismusregion zu initiieren und ein abgestimmtes Routenkonzept für Freizeit- und touristische Radrouten zu entwickeln.

Auszug aus Niederschrift Stadtrat vom 26.09.2012:

zu 7.18 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schaffung von Mobilitätsstationen Vorlage: V/2012/10994

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Zustimmung und erläuterte das Ziel des Antrages ihrer Fraktion. Damit soll Car-Sharing, Fahrradnutzung und öffentlicher Personennahverkehr sinnvoll verknüpft werden, so dass Schnittstellen entstehen, um die Innenstadt von Stellplatzproblemen und PKWs zu entlasten. Nach Auffassung ihrer Fraktion gebe es seitens der Bürger hierfür entsprechende Nachfrage.

Darüber hinaus bedankte sich **Frau Krausbeck** bei der Stadtverwaltung, dass eine Zustimmung empfohlen und der Prüfantrag bereits aufgegriffen wurde. Dennoch sollte trotz der rechtlichen Probleme und unter Berücksichtigung, dass die Anbieterneutralität gewahrt bleibe, versucht werden, entsprechende Möglichkeiten im öffentlichen Raum zu schaffen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, gab bekannt, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde, da es in der Stadt Halle kein reales Car-Sharing gebe. Im Zuge dessen erinnerte er an ein Vorhaben im Johannesviertel, in dem die Stadt vor einigen Jahren Car-Sharing einrichten wollte. Die Anwohner des Johannesviertel sollten auf ihren PKW verzichten und Car-Sharing nutzen.

Aufgrund dessen wurde dort eine Station von teilAuto eingerichtet. Dies wäre allerdings kein Car-Sharing-Anbieter, sondern ein üblicher Autovermieter. Lediglich aufgrund der Behauptung, Car-Sharing anzubieten, erhalte teilAuto besondere Konditionen bezüglich der Stellplätze.

Weiterhin wurden in der Stadt Halle anderweitige Plätze in der Nähe von Straßenbahnhaltestellen dafür zur Verfügung gestellt. Diese werden aber offensichtlich nicht genutzt, da bisher keine Entlastung des Fahrzeugverkehrs festgestellt wurde.

Insofern sei man in der Stadt Halle anscheinend nicht bereit, sich zusammenzuschließen, um Car-Sharing in Anspruch zu nehmen. Dies wäre auch nur unter diesen Voraussetzungen zweckmäßig.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies zunächst darauf hin, dass autofreies Wohnen, wie von Herrn Kley dargestellt, und Car-Sharing nicht miteinander vergleichbar wären.

Darüber hinaus machte **Herr Wehrich** deutlich, dass teilAuto ein Car-Sharing-Anbieter sei. In der Stadt Halle funktioniere Car-Sharing sehr gut und dieses Angebot nutze eine Vielzahl der halleschen Bürger. Aufgrund dessen soll mit dem Antrag das bestehende erfolgreiche Angebot weiter entwickelt werden.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erklärte, dass seine Fraktion den Antrag ebenfalls ablehnen werde und schloss sich den Ausführungen von Herrn Kley an. Nach Auffassung seiner Fraktion bestünde keine Notwendigkeit für einen solchen Antrag. Seinen Informationen zufolge wäre das bereits bestehende Angebot, wie z. B. im Paulusviertel, völlig ausreichend.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., erläuterte den Unterschied zwischen Car-Sharing und Autovermietung. Beim Car-Sharing bestünde eine Art Dauervertragsverhältnis, so dass hierbei auch eine stundenweise Mietung eines PKW möglich sei. Zudem wäre Car-Sharing daran ausgerichtet, dass möglichst viele Stellplätze wohnortnah eingerichtet werden. Bei der Autovermietung sei dies in der Form grundsätzlich nicht möglich.

Des Weiteren brachte **Herr Sieber** zum Ausdruck, dass die Nutzung von Car-Sharing von der Vielzahl der Standorte abhängig sei. In der Stadt Halle wären zu wenig wohnortnahe Car-Sharing-Parkplätze ein-

gerichtet und aufgrund dessen die Nutzung entsprechend gering. Beispielsweise habe die Stadt Bremen über 5.000 Mitglieder, da die Stadt massiv versuche, Car-Sharing-Parkplätze anzubieten. Die Stadt Halle habe hingegen nur ca. 1.500 Mitglieder.

Herr Kley, FDP-Fraktion, teilte mit, dass bis vor drei Jahren jeder Inhaber eine ABO-Karte der HA-VAG auch zwangsläufig Mitglied bei teilAuto war. Dennoch wurden die Angebote von teilAuto nicht in dem Maße genutzt, so dass seines Erachtens hierfür kein weiterer Handlungsbedarf bestünde.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf die Wortmeldung von Herrn Bönisch und konnte diese nicht nachvollziehen. Aufgrund dessen, dass im Paulusviertel Car-Sharing gut funktioniert, sollte doch eine solche Möglichkeit auch in anderen Bereichen der Stadt Halle geschaffen werden.

Der Bedarf wäre vorhanden und mit dem Antrag soll den halleschen Bürgern kurzfristig ein PKW bereitgestellt werden. Dies wäre bei Autovermietern nicht möglich. Hier müsse der jeweilige PKW für einen Tag gemietet werden.

Aus vorgenannten Gründen bat **Herr Wehrich** um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, stellte nochmals klar, weshalb er keine Notwendigkeit für einen solchen Antrag sehe. Das Angebot von Car-Sharing-Parkplätzen erfolge marktgerecht. Bei den bereits existierenden Mobilitätsstationen, wie z. B. im Paulusviertel, wäre der Bedarf vorhanden und die Nutzer mit dem Angebot zufrieden. Sollte in anderen Bereichen der Stadt ebenfalls Bedarf bestehen, werden Anbieter von Car-Sharing dort eigenständig reagieren. Dazu sei ein solcher Antrag nicht erforderlich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

21 Ja-Stimmen

18 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen

Beschluss:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung von Carsharing-Parkplätzen mit Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Verkehrsraum in Halle bis Ende des I. Quartals 2013 zu prüfen. Im Rahmen der Prüfung sind beispielsweise Entwidmung, Teilentziehung und Sondernutzung mit zu berücksichtigen.**
- 2. Sollte die Prüfung ergeben, dass eine Realisierung in Halle möglich ist, setzt sich die Stadtverwaltung mit geeigneten Anbietern von Car-Sharing zur Realisierung des Vorhabens in Verbindung. Die Anbieter sollten das Umweltzeichen „Blauer Engel“ nachweisen.**

Auszug aus Niederschrift Stadtrat vom 24.11.2010:

**zu 11.2 Anregung des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Darstellung von Rad- und Wanderrouten auf der Internetseite der Stadt
Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/09322**

Rad fahren und Wandern gehören zu den wichtigsten Freizeitaktivitäten der BürgerInnen. Auf der Homepage der Stadt Halle sind einige Ausflugsziele aufgeführt und mit mehr oder weniger guten Internetpräsenzen verlinkt. Konkrete Wander- und Radtouren finden sich nicht. In dem von der Stadt Halle herausgegebenen Rad- und Wanderstadtplan sind demgegenüber eine Reihe interessanter Routen beschrieben.

Angeregt wird, dass unter dem Menüpunkt „Tourismus“ der Homepage der Stadt Halle die konkrete Beschreibung von Wander- und Radrouten aufgenommen und mit interaktiven Karten ergänzt werden. Einige interaktive Karten stehen im Internet frei zur Verfügung. Der ADFC Halle erklärt sich bereit, erforderliche gpx Dateien (digitale Routenbeschreibung für Navigationsgeräte) für die Radrouten zur Verfügung zu stellen.

Gute Beispiele für eine Umsetzung in anderen Städten findet man in Leipzig (http://www.radfahren-in-leipzig.de/fahrrad/radrouten_nach_zielen.asp) oder Johanngeorgenstadt (<http://www.johanngeorgenstadt.de/index.php?id=5040>).

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Auszug aus Niederschrift Stadtrat vom 24.02.2010:

**zu 6.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausbau des Saale-Radwanderweges
Vorlage: V/2009/08421**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Innerhalb des kommenden Jahres wird der Saale-Radwanderweg im Stadtgebiet der Stadt Halle nach den Vorgaben des Landesradverkehrsplans auf das Niveau eines nationalen Fernradwanderweges ausgebaut. Ziel ist ein befestigter Ausbau möglichst mit Asphalt auf 2,50 m Breite. Belange des Naturschutzes sind bei Planung und Ausführung der Maßnahmen zu berücksichtigen. Die Trasse soll familienfreundlich auch mit Fahrradanhänger befahrbar sein. Für hochwassergefährdete Bereiche ist eine Alternativstrecke auszuweisen.

Um den anzustrebenden Standard realisieren zu können, sind im Einzelnen die wie folgt aufgeführten Investitionen durchzuführen:

- 1. Ausbau des Weges zwischen Planena und der Stadtgrenze bei Rattmannsdorf
(ca. 600 m)**
- 2. Ausbau des Uferweges entlang der Saale zwischen Wörmlitz und Böllberg
(ca. 600 m)**
- 3. Ausbau des Weges zwischen der Straße Zum Teich (Einfahrt Kläranlage Lettin) bis
Dachstraße (ca. 600 m)**
- 4. Ausbau des Uferweges entlang der Wilden Saale zwischen Talstraße und
Schwanenbrücke (ca. 1000 m)**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab nach der Pause bekannt, dass zu dem Beschluss des TOP 6.10 im Nachgang Unklarheiten bestanden, ob die Modifizierungen des Ausschusses für Planungsangelegenheiten durch den Antragsteller übernommen wurden. Er habe bei der Abstimmung zur Tagesordnung nicht darauf hingewiesen, dass dies nicht erfolgt sei, da er angenommen habe, dass dies den Stadträten bekannt sei. Aus diesem Grund erfolge eine Anmerkung der Oberbürgermeisterin.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der vorliegenden Form zu sehr in Verwaltungshandeln eingreife und mit den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Haushaltsführung nicht zu vereinbaren sei. Aufgrund dessen werde sie Widerspruch gegen diesen Beschluss einlegen.

Sie bat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag wie in den Ausschüssen vorgeschlagen zu modifizieren, dass ein Konsens erzielt werden könne.

Dazu war die einbringende Fraktion nicht bereit.

- Möglichkeit zur Veränderung der technischen Lösungsvarianten entgegen der Ausbaustandards des Landesradwegeplanes
- Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes

Darüber hinaus teilte **Herr Wehrich** mit, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag des Ausschusses für Planungsangelegenheiten nicht zustimmen könne. Mit einem Beschluss, den Radwanderweg möglichst in den kommenden Jahren auszubauen, verschiebe man die Umsetzung auf unbestimmte Zeit. Demzufolge wäre dies seines Erachtens kein Änderungsantrag, sondern komme lediglich einer Ablehnung des Antrages seiner Fraktion gleich.

Herr Wehrich bat darum, dem modifizierten Antrag seiner Fraktion zuzustimmen, da dieser die von der Oberbürgermeisterin geäußerten Bedenken aufnehme und gleichzeitig zu einer klaren zeitlichen Perspektive für die Umsetzung der Maßnahme führe.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, äußerte sich als Vorsitzender des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und widersprach den Ausführungen von Herrn Wehrich. Er wies darauf hin, dass der Ausschuss für Planungsangelegenheiten den ursprünglichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Zustimmung aller Mitglieder modifiziert habe. Da diese Modifizierungen nicht übernommen wurden, habe man jetzt den vorliegenden Änderungsantrag eingebracht.

Die anschließend aufgetretenen Unklarheiten zu den Formalien der Einbringung eines Änderungsantrages durch einen Ausschuss konnten durch Frau Oberbürgermeisterin Szabados klar gestellt werden. Entsprechend § 6 (1) der Geschäftsordnung der Stadt Halle seien Ausschüsse des Stadtrates ebenfalls antragsberechtigt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat zuerst um Abstimmung des modifizierten Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da dieser der weitergehende sei.

zu Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausbau des Saale-Radwanderweges
Vorlage: V/2009/08421

modifizierter Beschlussvorschlag:

Innerhalb des Zeitraumes des mittelfristigen Investitionsprogramms bis Ende 2013 wird der Saale-Radwanderweg im Stadtgebiet der Stadt Halle nach den Vorgaben des Landesradverkehrsplans auf das Niveau eines nationalen Fernradwanderweges ausgebaut. Ziel ist demnach ein befestigter Ausbau möglichst mit Asphalt auf 2,50 m Breite. Belange des Naturschutzes sind bei Planung und Ausführung der Maßnahmen zu berücksichtigen. Die Trasse soll familienfreundlich auch mit Fahrradanhänger befahrbar sein. Für hochwassergefährdete Bereiche sollten Alternativrouten ausgewiesen werden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

18 Ja-Stimmen

30 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

Aufgrund der Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der Änderungsantrag des Ausschusses für Planungsangelegenheiten zu einem ordnungsgemäßen Antrag.

zu **Antrag des Ausschusses für Planungsangelegenheiten zum Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Ausbau des Saale-Radwanderweges V/2009/08421
Vorlage: V/2010/08694**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

In den kommenden Jahren soll angestrebt werden, dass der Saale-Radwanderweg im Stadtgebiet Halle nach den Vorgaben des Landesradverkehrsplanes ausgebaut wird. Ziel ist demnach ein befestigter Ausbau möglichst mit Asphalt auf 2,50 m Breite. Belange des Naturschutzes sind bei der Planung und Ausführung zu berücksichtigen. Die Trasse soll familienfreundlich auch mit Fahrradanhänger befahrbar sein. Für hochwassergefährdete Bereiche sollten Alternativrouten ausgewiesen werden.

Auszug aus Niederschrift Stadtrat vom 23.06.2010:

zu 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen der Radverkehrsförderung im Jahr 2010 Vorlage: V/2010/08969

1. Mit Beschluss des Stadtrates vom 27.01.2010 wurde die Stadtverwaltung beauftragt, eine Radroute zwischen Hauptbahnhof und Saaleradwanderweg auszuschildern. Außerdem sollte in Abstimmung mit der Deutschen Bahn am Hauptbahnhof oder auf dem Bahnhofsvorplatz eine Infotafel mit einer Übersichtskarte errichtet werden.

Wie ist der Stand der Umsetzung des Beschlusses?

2. In der Stadtratssitzung am 28.10.2009 wurde festgelegt, dass in den Jahren 2010 – 2014 insgesamt eintausend Fahrradstellplätze im Stadtgebiet geschaffen werden sollen und noch im Jahr 2009 ein Standortkonzept entwickelt werden soll.

Liegt das Konzept inzwischen vor? An welchen Standorten sind wie viele zusätzliche Stellplätze im Jahr 2010 vorgesehen?

3. Am 16.12.2009 hat der Stadtrat die Stadtverwaltung beauftragt, eine für alle Ämter verbindliche Richtlinie für die einheitliche Gestaltung von funktionsgerechten Fahrradstellplätzen zu erarbeiten.

Wie ist der Stand der Erarbeitung der Richtlinie? Wann wird diese fertig gestellt sein?

4. Im Jahr 2009 erfolgte eine insbesondere für den Radverkehr bedeutsame Sanierung der Fahrbahnoberfläche im Mühlweg (Abschnitt zwischen Ulestraße und Burgstraße).

Wann ist mit einer Oberflächensanierung von weiteren Abschnitten im Mühlweg zu rechnen?

Antwort der Verwaltung:

Zu Pkt. 1:

Der Beschluss ist noch nicht umgesetzt. Weder für die Wegweisung noch für die Infotafel stehen im Haushalt 2010 entsprechende Mittel zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund ist die Stadtverwaltung bestrebt, dass zumindest die Infotafel mit Mitteln der Stadtmarketing GmbH finanziert wird. Eine entsprechende Entscheidung steht aber noch aus.

Zu Pkt. 2:

Die Stadtverwaltung ist dabei, Fahrradbügel in Abhängigkeit von der aktuellen Bedarfssituation zu errichten. In diesem Zusammenhang wurden in diesem Jahr an folgenden Standorten neue Fahrradbügel errichtet:

- Reilstraße (Bereich Haltestelle Reileck, 10 Stk.),
- Steinweg, Einmündung Schwetschkestraße (6 Stk.),
- Hauptbahnhof, Eingang E.-Kamieth-Straße (64 Stk. im Zusammenhang mit Umgestaltung Busbahnhof),
- Riebeckplatz (Straßenbahn-Haltestellen Riebeckplatz West und Nord, 9 Stk.),
- Straßenbahn-Haltestelle Am Leipziger Turm (4 Stk.),
- Eingang Salinebad (64 Stk.).

Weitere Fahrradbügel sollen in diesem Jahr u. a. vor der Fahrradkirche Wörmlitz (4 Stk.), vor dem Eigenbetrieb Arbeitsförderung im Hibiskusweg (5 Stk.), in der Neustädter Passage (4 Stk.) sowie an den Straßenbahnhaltestellen Damaschkestraße (4 Stk.) und Steintor (2 Stk.) errichtet werden. Somit werden in diesem Jahr insgesamt **176 neue Fahrradbügel** errichtet.

Zu Pkt. 3:

Die Richtlinie zur Gestaltung von funktionsgerechten Fahrradstellplätzen ist in Arbeit. Ein abgestimmter Entwurf soll im Herbst 2010 vorliegen.

Zu Pkt. 4:

Die Finanzierung der Oberflächensanierung im Mühlweg (Abschnitt Ulestraße – Bernburger Straße) ist mittlerweile abgesichert. Die Maßnahme soll im Herbst 2010 realisiert werden.

Auszug aus Niederschrift Stadtrat vom 28.03.2007:

zu 6.1 **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/05997

zu 6.1.1 **Änderungsantrag der Linkspartei. PDS-Fraktion zum Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/06023

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, sagte, dass der Änderungsantrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS in den TOP 6.1 eingearbeitet wurde.

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss (modifiziert):

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die in der Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) beschriebenen „Radrouten mit Priorität“ sowie die Zieltrasse des Saale-Radwanderweges (Haupttroute) eine Übersicht über die notwendigen Investitionsmaßnahmen zuzüglich laufender Instandsetzungskosten zur Gewährleistung von sicheren verkehrlichen Bedingungen für den täglichen Radverkehr zu erstellen. In einer solchen Übersicht sollen die zu realisierenden Maßnahmen prioritär gewichtet und Kostenschätzungen einschließlich der zur Verfügung stehenden Fördermittel angegeben werden.
 2. Zukünftig ist bei allen Straßenbauvorhaben die Radverkehrsfreundlichkeit der jeweiligen Maßnahme zu prüfen. Dem Stadtrat ist in diesen Fällen eine entsprechende Stellungnahme des Radverkehrsbeauftragten der Stadt vorzulegen. Einmal jährlich wird im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben über den erreichten Stand der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes aus dem Jahr 1995 berichtet.
 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen finanziellen Rahmenbedingungen und mit welchen strategischen Partnern eine kommunale Marketingkampagne „Halle fährt Rad“ durchgeführt werden kann.
-

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Linkspartei. PDS-Fraktion zum Antrag der Fraktion
WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Rad-
verkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06023**

Beschlussvorschlag:

*Der Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE.- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN- MitBürger wird im
1. Punkt wie folgt geändert :*

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den Bereich der stadtteilverbindenden Fahrradrou-
ten eine Übersicht über die notwendigen Investitionsmaßnahmen zuzüglich laufender Instandsetzungskosten zur
Gewährleistung von sicheren verkehrlichen Bedingungen für den täglichen Radverkehr zu erstellen. In
einer solchen Übersicht sollen die zu realisierenden Maßnahmen prioritär gewichtet und Kostenschät-
zungen einschließlich der zur Verfügung stehenden Fördermittel angegeben werden.*

Abstimmungsergebnis: als erledigt erklärt, wurde von der Verwaltung übernommen

Auszug aus Niederschrift Stadtrat vom 26.04.2006:

zu 5.9 **Gestaltungsbeschluss Schnittstelle "Riebeckplatz/ Hauptbahnhof" Umgestaltung des Teilbereiches Ernst-Kamieth-Platz/ Busbahnhof**
Vorlage: IV/2006/05585

zu 5.9.1 **Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Beschlussvorlage Gestaltungsbeschluss Schnittstelle "Riebeckplatz/Hauptbahnhof" Umgestaltung des Teilbereiches Ernst-Kamieth-Platz/Busbahnhof (Vorlagen-Nummer IV/2006/05585)**
Vorlage: IV/2006/05784

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, verwies auf die Ergänzung im Änderungsantrag seiner Fraktion. Die Errichtung einer Fahrradstation sei als Baustein zur Förderung des Radverkehrs in der Stadt Halle wichtig. Das Gutachten des ADFC weise einen Bedarf für eine solche Fahrradstation nach.

Durch das Schnittstellenprogramm ist eine großzügige Förderung möglich, so dass keine städtischen Mittel dafür aufgewendet werden müssten. Er zeigte vielfältige Möglichkeiten zur Betreibung der Fahrradstation auf. Weiterhin wies er auf die Wichtigkeit eines Car-Sharing-Zentrums zur umweltfreundlichen Mobilität in der Stadt Halle hin.

Herr Prof. Dr. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sagte, dass dieses Problem ausführlich im Ausschuss für Planungsangelegenheiten diskutiert wurde. Die Verwaltung hatte sich mit der Errichtung eines solchen Projektes selbst intensiv beschäftigt.

Damit für die Stadt auf lange Sicht keine Kostenstelle entsteht, sollte ein Betreiber gefunden werden. Dem Änderungsantrag würde er zustimmen, wenn die Betreiber über Jahre zusichern würden, dafür zu haften, dass es kostenfrei betrieben werden kann.

Herr Weihrich nahm den Einwand mit der persönlichen Haftung auf. Dies sollte auch bei anderen Beschlüssen so gehandhabt werden, obwohl seiner Ansicht nach dies in Zukunft sicher nicht so angewandt werden wird. Der Änderungsantrag beziehe sich auf die baulichen Voraussetzungen. Dieses Projekt müsse also jetzt in die Antragstellung mit aufgenommen werden, da es darum gehe, jetzt die Fördermittel abzusichern und die Programme auszunutzen. Der Betrieb hinterher könne abgesichert werden, ohne den Haushalt der Stadt zu belasten.

Herr Sänger, Fraktion der CDU, merkte aus dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten an, dass bei einem solchen Abstellplatz Gebühren erhoben werden können. Es gehe nicht ohne Personal. Also muss dieser über private Dritten laufen.

Frau Schlüter-Gerboth, Fraktion Die Linkspartei. PDS, forderte im Namen ihrer Fraktion eine Lösung des Radweges in Richtung Ernst-Kamieth-Straße. Dieser könne so nicht bleiben, da davon ausgegangen werde, dass der Verkehr hier durch den Umzug des Landesverwaltungsamtes zunehmen werde. Ihre Fraktion fordere einen gesonderten Radweg in der Ernst-Kamieth-Straße.

Herr El-Khalil, Fraktion der CDU, fragte nach dem Begriff „Fahrrad-Station mit Parkdeck“.

Herr Weihrich erklärte, dass es die Möglichkeit sei, eine Abstellanlage für Fahrräder vorzusehen. Es sollte über die ganz konkrete Ausgestaltung der Fahrradstation diskutiert werden. Die einzelnen Formulierungen müssten hervorgehoben werden. Es hänge davon ab, welches Betreibermodell gefunden werde, welche zusätzlichen Anlagen in der Fahrradstation berücksichtigt werden und wie die bauliche Ausführung

zung dieser Station ist. Es geht um bedachte und abgesicherte Abstellanlagen für Fahrräder in diesem Bereich.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, gab zu Protokoll, dass diese Haushaltstelle in der Planung noch nicht begründet sei. Mit der Summe von 190 TEuro konnte im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nichts angefangen werden. Die Verwaltung war nicht in der Lage, Grund und Herkunft zu erläutern.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, antwortete, dass für die mögliche Aufstellung einer solchen Fahrradabstellanlage der Platz vorgehalten werde. Es müsste nicht gesondert geplant werden. Die Planungsmittel für die Leistungsphase laufen nicht mit Zuschüssen im Schnittstellenprogramm. Er verwies darauf, dass die Deutsche Bahn AG bereits zwei Car-Sharing-Plätze am Kamieth-Platz betreibe. Wenn die Stadt in die Planung gehen würde, müsse eine Teileinziehung dieser öffentlichen Fläche erfolgen. Das könnte Planungsschwierigkeiten ergeben. Er bat, dies bei dem Änderungsantrag zu berücksichtigen.

Frau Dr. Haerting, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, sagte, sie verstehe unter Planung immer etwas Vorausschauendes. Sie befürworte deshalb, in der Planung sowohl die Fahrradstation als auch die Car-Sharing-Stellplätze zu berücksichtigen und zu sichern.

Herr Wolter bezog sich auf die Vertagung der Vorlage im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben sowie im Ausschuss Planungsangelegenheiten zur Veränderung des Planungsansatzes für das Jahr 2006, da die Verwaltung nicht in der Lage war, bestimmte Fragen zu beantworten. Es wurde u. a. aufgeführt, dass bei städtischen Mitteln eine Rubrik „Zuweisung vom Land“ stehe. Er bat um Erläuterung.

Frau Riedel, Geschäftsbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr, erläuterte, dass das Schnittstellenprogramm so laufe, dass die Stadt 90 % Förderung bekomme, 10 % wären normalerweise Eigenmittel. Es wird versucht, die Eigenmittel zu begleichen durch die Nutzung von zugewiesenen ÖV-Mitteln. Diese Mittel könnten an anderer Stelle, wo man sie dringend benötige, eingesetzt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Änderungsantrag:

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Vorschlag der Vorplanung zur Umgestaltung des Teilbereiches Ernst-Kamieth-Platz/Busbahnhof in den folgenden Punkten abzuändern:

- a) **Östlich der vorgesehenen Treppenanlage ist eine sog. Fahrradstation mit Parkdeck zu entwickeln.**
- b) **Im Bereich des Bahnhofsausgangs Ernst-Kamieth-Straße ist eine ausreichende Anzahl von Carsharing-Parkplätzen vorzusehen.**

Im Übrigen wird die vorgestellte Planung bestätigt.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage die europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen bis einschließlich LPH 4 (Genehmigungsplanung) mit eingeschobenem Gutachterverfahren nach § 24 (3) der VOF vorzunehmen.

Abstimmung zur Beschlussvorlage:

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss (in modifizierter Form):

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Vorschlag der Vorplanung zur Umgestaltung des Teilbereiches Ernst-Kamieth-Platz/Busbahnhof in den folgenden Punkten abzuändern:

- c) Östlich der vorgesehenen Treppenanlage ist eine sog. Fahrradstation mit Parkdeck zu entwickeln.**
- d) Im Bereich des Bahnhofsausgangs Ernst-Kamieth-Straße ist eine ausreichende Anzahl von Carsharing-Parkplätzen vorzusehen.**

Im Übrigen wird die vorgestellte Planung bestätigt.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage die europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen bis einschließlich LPH 4 (Genehmigungsplanung) mit eingeschobenem Gutachterverfahren nach § 24 (3) der VOF vorzunehmen.

Auszug aus Niederschrift Stadtrat vom 24.09.2003:

zu 6.2 **Prüfantrag der SPD-Fraktion - Skate- und Radweg Halle/Leipzig**
Vorlage: III/2003/03623

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, warb um die Zustimmung zum Antrag.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, wies auf die AG Sportforum hin, in der derzeit eine Sportentwicklungsplanung in Arbeit sei. Die Thematik des Antrages gehöre in gewisser Weise auch dorthin. Ihr sei unklar, wie die Verwaltung weiter mit diesem Antrag umgehen wolle, da sehr viele Anträge einfach verschwinden würden.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, über das Ergebnis der Prüfung werde in den zuständigen Ausschüssen, dem Sportausschuss und dem Planungsausschuss berichtet.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, ob im Rahmen der olympischen Bewegung in Mitteldeutschland für die Bewerbung der Region Leipzig 2012 ein straßenunabhängiger, hindernisfreier, in Schwarzdecke ausgeführter, kombinierter Skate- und Radweg zwischen Halle und Leipzig gebaut und finanziert werden kann.

Die Ergebnisse der Prüfung werden zeitnah im Planungsausschuss vorgestellt.

Beschlussvorlage III/2002/02436 vom 19.06.2002 (mehrheitlich zugestimmt):

Betreff: Antrag der SPD-Fraktion - zum Radwegeplan Halle/Saalkreis

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, einen Radwegeplan für die städtischen Randgebiete vorzulegen, der einerseits die Verbindung dieser Stadtteile zum Zentrum darstellt, andererseits in Absprache mit dem Saalkreis die möglichen Wege in die angrenzenden Umlandgemeinden oder von dort in die Stadt Halle aufzeigt. Dabei sollten auch bike & ride-Plätze Berücksichtigung finden.

Begründung:

Die Radwege der Stadt Halle sind mit wenigen Ausnahmen sehr lückenhaft und stellen noch längst kein Netz dar. Ebenso steht es um die Verbindung in das Umland.

Beschlussvorlage III/2001/01827 vom 27.02.2002 (mehrheitlich zugestimmt):

Betreff: Antrag der Stadträte Sabine Wolff HAL-NEUES FORUM und Peter Jeschke HAL-NEUES FORUM - zu Fahrradabstellanlagen und Schließfächern

Beschlussvorschlag

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, Fahrradabstellanlagen und Schließfächer an folgenden Stellen aufzustellen:

- Würfelwiese/Pfälzer Brücke
- Eingang Peißnitz/Peißnitzstraße
- Böllberger Weg – Schlippe zu den Tennisplätzen und zur Hafenbahnbrücke
- Rabeninsel
- Heideparkplatz am Waldkater (Erweiterung der Fahrradabstellanlagen)

Begründung:

- erfolgt mündlich-

Umsetzungsstand der Stadtratsbeschlüsse seit 1999

Beschlüsse	Umsetzungsstand	Inhalt in Fortschreibung RVK eingearbeitet?	Bemerkungen
Antrag zum Radtourismus in der Region Halle	nicht umgesetzt	ja	Zuständigkeit liegt beim Stadtmarketing
Schaffung von Mobilitätsstationen (Vorlage: <u>Antrag V/2012/10994</u> , SR-Beschluss vom 26.09.2012)	nicht umgesetzt	ja	
Aktualisierung der Radverkehrskonzeption (Vorlage: <u>Antrag V/2011/09660</u> , SR-Beschluss vom 27.04.2011)	umgesetzt	ja	
Darstellung von Rad- und Wanderrouten auf der Internetseite der Stadt Halle (Vorlage: <u>V/2010/09322</u> , Anregung vom 14.11.2010)	umgesetzt	nein	
Antrag zu verkehrsgesteuerten Ampeln im Stadtgebiet von Halle (Vorlage: <u>Antrag V/2010/08717</u> , SR-Beschluss vom 24.03.2010)	laufende Tätigkeit	nein	Keine Berücksichtigung in RVK, da laufende Tätigkeit der Verwaltung
Ausbau des Saale-Radwanderweges (Vorlage: <u>Antrag V/2009/08421</u> , SR-Beschluss vom 24.02.2010)	zum Teil umgesetzt	ja	Realisierung in Abhängigkeit von Finanzierungsmöglichkeiten
Prüfung der Freigabe von Straßen und Radwegen für Inlineskater (Vorlage: <u>Änderungsantrag V/2009/08155</u> , SR-Beschluss vom 24.02.2010)	nicht umgesetzt	nein	Thema ist für RVK nicht relevant
Ausschilderung der Fernradwege in der Stadt Halle (Vorlage: <u>Antrag V/2009/08344</u> , SR-Beschluss vom 27.01.2010)	zum Teil umgesetzt	nein	Nicht umgesetzter Teil (Infotafel Hbf.) ist Detailproblem und deshalb kein Thema für RVK
Gestaltung von Fahrradabstellanlagen (Vorlage: <u>Antrag V/2009/08269</u> , SR-Beschluss vom 16.12.2009)	umgesetzt	ja	
Radverkehrsförderung in Halle nach der Novellierung der StVO (Vorlage: <u>Antrag V/2009/08415</u> , SR-Beschluss vom 25.11.2009)	zum Teil umgesetzt	ja	
Schaffung von Fahrradbügeln in Halle (Vorlage: <u>Antrag IV/2009/07946</u> , SR-Beschluss vom 28.10.2009)	zum Teil umgesetzt	ja	Realisierung in Abhängigkeit von Finanzierungsmöglichkeiten
Erstellung einer touristischen Radroute durch die Stadt Halle (Saale) (Vorlage: <u>Antrag IV/2009/08024</u> , SR-Beschluss vom 27.05.2009)	nicht umgesetzt	ja	
Straßenbegleitender Geh- und Radweg zwischen Halle-Osendorf und Döllnitz (Vorlage: <u>Beschlussvorlage IV/2009/07873</u> , SR-Beschluss vom 27.05.2009)	nicht umgesetzt	ja	Planungen abgeschlossen, Realisierung in Abhängigkeit von Finanzierungsmöglichkeiten
Errichtung einer Rad- und Fußwegbrücke Franz-Schubert-Straße – Salineinsel (Vorlage: <u>Beschlussvorlage IV/2009/07892</u> , SR-Beschluss vom 27.05.2009)	nicht umgesetzt	ja	Planungen weit fortgeschritten, Realisierung nach Lösung rechtlicher Probleme und in Abhängigkeit von Finanzierungsmöglichkeiten
Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale) (Vorlage: <u>Antrag IV/2006/05997</u> , <u>Änderungsantrag IV/2006/06023</u> , SR-Beschluss vom 28.03.2007)	umgesetzt	ja	

Gestaltungsbeschluss Schnittstelle "Riebeckplatz/ Hauptbahnhof" Umgestaltung des Teilbereiches Ernst-Kamieth-Platz/ Busbahnhof (Prüfauftrag Fahrradstation), (Beschlussvorlage IV/2006/05585, SR-Beschluss vom 26.04.2006)	zum Teil umgesetzt	ja	Standort für Fahrrad- station ist aus Sicht der Stadtverwaltung noch einmal auf eine Optimie- rung zu überprüfen.
Prüfantrag zu Skate- und Radweg Halle/Leipzig (Vorlage: Antrag III/2003/03623, SR-Beschluss vom 24.09.2003)	umgesetzt	nein	Prüfergebnis: Skate- und Radweg ist in absehba- rer Zeit nicht konsensfä- hig und finanzierbar
Erarbeitung eines Radwegeplans Halle/Saalkreis (Vorlage: Antrag III/2002/02436, SR-Beschluss vom 19.06.2002)	umgesetzt	ja	
Prüfantrag zu Fahrradabstellanlagen und Schließ- fächern (Vorlage: III/2001/01827, SR-Beschluss vom 27.02.2002)	umgesetzt	nein	
Erarbeitung einer Radverkehrskonzeption Altstadt, Satzung für Fahrradabstellanlagen im Altstadtkern (SR-Beschluss vom 26.04.2000)	umgesetzt	ja	